

Industrielle Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie**

Band (Jahr): **27 (1920)**

Heft 12

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mitbeteiligten Vereine sowie der gesamten schweizerischen Textilindustrie werden. Man wird nicht einseitige Klassenpolitik treiben, sondern für die Interessen aller beteiligten Kreise fernerhin zu wirken suchen.

Fritz Kaeser.

Zoll- und Handelsberichte

Gegen die Erschwerung der Ausfuhr aus Deutschland werden aus den verschiedensten deutschen Textilindustriezweigen Stimmen laut. So wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Spesen für die Ausfuhrbewilligungen eine solche Höhe angenommen haben, daß sie für den Export tatsächlich eine Gefahr bilden. Es wird nämlich unter anderem unter dem Titel „Soziale Gebühr“ ein Betrag von 5% — i. W.: fünf Prozent — abgenommen, und ist jetzt folgendes zu entrichten:

- | | |
|-----------------------------------|------|
| 1. Ausfuhrgebühr (soziale Gebühr) | 5% |
| 2. Gebühr für das Reich | 1% |
| 3. Gebühr der Außenhandelsstelle | 1/2% |
| 4. Gebühr für Preisprüfung | 1/2% |

Natürlich ist seinerzeit bei der Kalkulation mit derartigen hohen Ausfuhrspesen nicht gerechnet worden und man fragt sich mit Recht: Wo nimmt die Regierung die Berechtigung her, denjenigen Fabrikanten, die sich bemühen, Auslandswerte zu schaffen, und die heute, nachdem die Preise der deutschen Fabrikate sich den Weltmarktpreisen vollkommen angepaßt haben, die auswärtige Konkurrenz sehr wohl zu fühlen bekommen, eine besondere Steuer von 5% aufzuerlegen? Dabei muß die soziale Gebühr schon bei der ersten Teillieferung für die volle Order an das Zollamt entrichtet werden, einerlei ob durch Fabrikationsschwierigkeiten oder durch Störungen irgendwelcher Art ein mehr oder weniger großer Teil der Order vielleicht überhaupt nicht zur Ausführung gelangt.

So heißt es zum Schluß: „Fort mit allen den Export hemmenden und erschwerenden Bestimmungen!“

Sozialpolitisches

Die vierte Konferenz des internationalen Arbeitsamtes wurde am 9. Juni in Genua eröffnet. Als Vertreter der Schweiz war Dr. Rüfenacht, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, anwesend. An der Konferenz wurde beschlossen, es sei gemäß Friedensvertrag der Sitz des internationalen Arbeitsamtes nach Genf zu verlegen.

Bürokratismus. Es kommt in der Schweiz, speziell seit dem neuen Steuergesetz im Kanton Zürich, vor, daß die Geschäftsinhaber von den Steuerbehörden Mitteilung der von ihnen angestellten und Arbeitern bezogenen Löhne aufgefordert werden. Nur ungern unterzieht man sich solchen Begehren, da zudem viel Arbeit damit verbunden ist. Noch anspruchsvoller ist die Bürokratie in Deutschland, indem sie sogar den Bezug der Steuern durch die Arbeitgeber verlangt. Dies gibt in einem Leitartikel des „Berl. C.“ zu folgender Bemerkung Anlaß:

In der letzten Zeit hatten die Arbeitnehmer gerade, weil die Konjunktur so niederging, allmählich eingesehen, daß zurzeit weitere Gehalts- und Lohnforderungen, die die Produktion oder das Geschäft noch mehr erschweren, im allgemeinen wenig angebracht sind. Man konnte schon in vielen Geschäftszweigen beinahe von einem Stillstand der Lohnbewegung sprechen. Da ist es nun die Regierung, die diesen mühselig erreichten Wirtschaftsfrieden wieder stört dadurch, daß sie die berüchtigte Steuerabzugsverordnung vom 25. Juni an in Geltung setzt und dadurch den Arbeitgeber zum Steuerbüttel des Fiskus gegen seine Angestellten macht. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine derartige Verordnung stärkste Mißstimmung und Erregung in den Angestellten- und Arbeiterkreisen auslöst, und daß man seine Mißstimmung vor allem gegen den hierbei allerdings ganz unschuldigen Arbeitgeber richtet. Die Folge davon wird sein, daß die Arbeitnehmer, denen jetzt die 10% abgezogen werden, wieder mit neuen Gehalts- und Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber herantreten werden, weil ihnen ja diese 10% nunmehr an ihrem Einkommen fehlen. Gewiß mag die Logik der Arbeitnehmer unrichtig sein, weil sie ja schließlich doch die Steuer bezahlen müßten. Aber eine verständige Regierung hätte von vornherein mit solchen Imponderabilien rechnen und eine solche Vorschrift erst gar nicht erlassen müssen.

Die Arbeitgeber sind mit vollem Rechte ungeheuer empört darüber, daß man durch eine derartige Verordnung einmal zwischen ihnen und ihren Arbeitnehmern einen neuen Keil von Verstimmung und Zwiespalt treibt, und zweitens darüber, daß man ihnen zumutet, für den Fiskus überhaupt die Rolle des Steuereintreibers zu spielen. Man kann sich lebhaft einen Begriff davon machen, welches neue Maß von Arbeit und Verantwortung gänzlich überflüssigerweise den Arbeitgebern durch diese Steuerabzugsverordnung aufgebürdet wird. Es gibt nur in allen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen, ganz gleich, welcher politischen Richtung irgend jemand aus diesen Kreisen angehört, eine Stimme darüber, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist und so schnell wie nur möglich wieder beseitigt werden muß.

Industrielle Nachrichten

Aus der St. Galler Stickereindustrie. Die ostschweizerischen Industriekreise beschäftigen sich fortwährend mit den Möglichkeiten des Absatzes der Stickereiprodukte und der inneren Ausgestaltung ihrer Industrie.

Das französische Einfuhrverbot hat selbstverständlich auch hier ziemlich starke Erregung hervorgerufen und hat man sich mit der schweizerischen Ausfuhr- und französischen Einfuhrstatistik für schweizerische Stickereien einläßlich beschäftigt, da hierin ansehnliche Differenzen zu konstatieren sind.

Nach der schweizerischen Ausfuhrstatistik betrug der Stickerei-Export nach Frankreich im Jahre 1913 rund 61/2 Millionen Fr., stieg von 1915 an und belief sich 1918 auf 123/4 Millionen Fr. Die seit 1918 eingetretene Vermehrung rührt daher, daß die französische Stickerei-Industrie durch die deutsche Besetzung des Gebietes von St. Quentin vollständig lahmgelegt war. Der Artikel war nur aus der Schweiz zu bekommen und wurde deshalb trotz der hohen französischen Zölle, die in normalen Zeiten prohibitiv wirken, in Frankreich gern gekauft. So kam es, daß sogar die geringen Massenartikel, die schwer ins Gewicht fallen, aus der Schweiz bezogen wurden. Es erscheint unnötig, die französische Regierung um einen besondern Schutz durch Reduktion der Einfuhrkontingente in irgendeiner Form anzurufen. Die französische Industrie ist durch die bestehenden Zölle schon derart geschützt, daß der Import aus der Schweiz von selbst auf ein kleines Quantum hochwertiger Waren zurückgehen wird, sobald in Frankreich wieder produziert werden kann. Zudem ist Frankreich inzwischen unter die valutaschwachen Länder gegangen, und die importierten Stickereien werden infolge der starken Entwertung des französischen Frankens derart teuer, daß Kauflust und Kaufkraft ohnehin abgenommen haben.

Das der Schweiz gewährte Kontingent in Schweizerfranken, das vom kaufmännischen Direktorium in St. Gallen unter die schweizerischen Exporteure verteilt und mit größter Gewissenhaftigkeit kontrolliert wird, ist klein zu nennen angesichts der Tatsache, daß auch die französischen Kolonien (Algier z. B.) und seit dem Friedensschluß Elsaß-Lothringen daran partizipieren. Die französische Regierung erteilt überdies ihren „Sinistrés de St. Quentin“ noch eigene Einfuhrkontingente nach Gewicht, nicht der Schweiz zuliebe, sondern um ihren eigenen Fabrikanten, die durch den Krieg um die Produktionsmöglichkeit gebracht wurden, den Handel in Stickereien zugänglich zu machen. Diese Kontingente, auf die die Schweiz keinerlei Einfluß hat, sind noch in jüngster Zeit stark erhöht worden.

Wie von stark interessierter Seite betont wird, ist es klar, daß die Schweiz sich eine Herabsetzung ihres Kontingentes nicht gefallen lassen könnte, solange andererseits die französischen Fabrikanten reichliche Einfuhrbewilligungen bekommen.

Die erheblichen Valutadifferenzen zwischen den verschiedenen Ländern und die gegenwärtig überall sich bemerkbar machenden Spartendenzen auch in der Anschaffung von Textilfabrikaten bleiben nicht ohne gehörigen Eindruck auf alle Kreise der Textilindustrie. Es werden mehr und mehr Stimmen laut, die an Hand dieses offenbaren Zurückhaltens und der vorkommenden Preisabschläge in Rohmaterialien darauf hinweisen, daß mit der Erhöhung von den Arbeitslöhnen auch gewisse Grenzen nicht überschritten werden dürfen, wenn die Industrieproduktion ihren Absatz finden soll.

So beschäftigte sich kürzlich ein Fachmann aus der St. Galler Stickereindustrie mit den dortigen Verhältnissen, wie sie durch die vielen Verbände zur Wahrung der Interessen

jedes einzelnen Standes geschaffen worden sind und äußert er sich hierüber wie folgt:

Mit Bezug auf die Schaffung von Fürsorgegesetzen treten nun ganz besonders auch diese Verbände in Erscheinung, indem die hauptsächlichsten Bestrebungen der meisten eine fortwährende Preissteigerung der Stickereien zur Folge haben. Dabei stehen die Arbeitnehmerverbände, die einerseits eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit, andererseits immer höhere Löhne fordern, noch keineswegs in erster Linie, denn, was ihnen bis jetzt gewährt wurde, war, wenigstens was die Lohnhöhe anbelangt, nur ein natürlicher Ausgleich der Teuerung und war unumgänglich notwendig, wenn auch die Preise der Stickereien dadurch ungünstig beeinflusst wurden. Immerhin bleibt auch die Frage offen, ob nicht im Interesse der Erhaltung der Industrie doch wieder auf eine vermehrte Produktion ohne Steigerung der Kosten gedrungen werden muß, sei es, daß die Arbeitszeit allgemein wieder etwas ausgedehnt werde, sei es, daß auch in der Schiffstickerei sich allmählich die Umwandlung von der Fabrik- zur Heimindustrie vollziehe, die gleiche Entwicklung, die seinerzeit es allgemein ermöglicht hat, die Handmaschinenstickerei unserem Lande zu erhalten. Dies hätte eine Aenderung des Art. 12 der Vollzugsverordnung zum Fabrikgesetz zur Voraussetzung in dem Sinne, daß Einzelautomaten dem Gesetz nicht mehr unterstellt würden, was ohne Zweifel der Einführung des zweischichtigen Tagesbetriebes in den Fabriken die Möglichkeit bietet, aus vielen Gründen vorzuziehen wäre.

Es ist aber vielmehr der Einfluß einiger Unternehmerverbände, der auf die Preise der Stickereien unheilvoll einwirkt. Wenn diese Verbände immer stärker werden und sie immer besser imstande sind, ihren Willen der Gesamtheit aufzuzwingen, wenn jeder von ihnen dabei rücksichtslos nur seine egoistischen Interessen verfolgt, so muß die schweizerische Stickereiindustrie im Kampfe mit dem Ausland schließlich unterliegen. Man hat sich während des Krieges allzusehr daran gewöhnt, die ausländische Konkurrenz, wenigstens die europäische, ausgeschaltet zu wissen. Sie wird aber allmählich erstarken und vielleicht schneller als man glaubt, sich wieder bemerkbar machen und es ist durchaus nötig, daß man sich hier rechtzeitig rüstet, um ihr begegnen zu können. Nur eine bis in alle Einzelheiten ökonomische Produktionsweise kann die hiesige Stickerei-Industrie lebensfähig erhalten, die Bestrebungen einzelner Interessenverbände bewirken aber das reine Gegenteil. Sie verfolgen innerhalb ihrer Verbände eine Preispolitik, die darauf abzielt, jedem einzelnen Mitglied ohne besondere persönliche Anstrengung ein behagliches Dasein zu verschaffen. Ein solches mag veraltetes Maschinenmaterial haben, der nötigen Fach- und Geschäftskennntnisse entbehren, zu kapitalschwach sein, um auf eigenen Füßen zu stehen, eine innere Organisation besitzen, die vor Jahren gut war, heute aber unmöglich ist -- trotz alledem wird es vom Verband gestützt, indem die Preise seinen Fähigkeiten angepaßt werden und ihm noch einen normalen Nutzen lassen sollen. Die gut fundierten, in jeder Beziehung auf der Höhe der Zeit stehenden Firmen desselben Verbandes können dadurch jede unangenehme Preisunterbietung verhindern und schaffen für sich selbst Gewinne in einer Höhe, die sie sonst nie erzielen könnten und die die Gesamtindustrie ganz unnötiger- und schädlicher Weise belasten. Die innerlich starken Verbände führen diese Preispolitik selbständig durch, während andere ihre Preise nur durch gesetzlichen Zwang aufrechterhalten können.

In jeder Industrie und in jedem, auch dem kleinsten Zweige einer Industrie, soll das Bestreben bestehen, die größte Produktion und damit einen möglichst niedrigen Preis mit dem kleinsten Aufwand an Arbeit und Spesen zu erzielen. Eine Industriegruppe, die durch unnötig hohe und zwangsweise durchgeführte Verbandspreise gegen dieses Prinzip verstößt, schädigt die Gesamtindustrie, zu der sie auch gehört und mit der sie schließlich steht und fällt.

Amerikanische Geschäftsverhältnisse. Ein Freund des „Berl. Conf.“, der amerikanische Verleger Fairchild, der in New York und London eine Anzahl bedeutender Fachzeitschriften herausgibt, richtete in diesen Tagen einen interessanten, vom 6. Mai datierten Brief an diese Firma, worin folgendes gesagt wird:

„Hier im Lande ist eine Art Preissturz (slump) eingetreten und nirgends halten sich mehr die Preise. Das Geschäft ist still, die Umsätze recht gering, es hat eine allgemeine Aengst-

lichkeit Platz gegriffen. Eine Reihe Zahlungseinstellungen steht zu erwarten.

Wir gehen zweifellos einer wirtschaftlichen und finanziellen Krisis entgegen, die schon lange vorauszusehen war. Im Seidenhandel ist die erste größere Zahlungseinstellung erfolgt, und aus Washington kommt die Nachricht, daß die Banken dort den Seiden- und Wollfirmen die Kredite zu kündigen beginnen, was sicherlich wieder eine Anzahl von Zahlungsstockungen im Gefolge haben wird. Doch glaubt man, daß die Regierung die rigorosesten Maßnahmen seitens der Banken verhindern wird...“

Ankauf einer amerikanischen Farbstoff-Fabrik durch ein Schweizer Syndikat. Die Chemikalien- und Farbstoff-Fabrik von Ault & Wiborg in Cincinnati ist, neuesten Blättermeldungen zufolge in den Besitz eines Schweizer Syndikats übergegangen. Das Syndikat umfaßt die drei wichtigsten Farbstoffwerke in Basel. Die Ault & Wiborg Co. behält einen starken Interessenanteil bei, und der bisherige Präsident Mr. Ault wird Direktor der neuen Gesellschaft.

Aus der Barmer Industrie. Der „Wirtschaftsverband der Bänder-, Kordel-, Litzen- und Klöppelspitzen-Industrie“ hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der gegen die Erhebung von Ausfuhrabgaben Einspruch erhoben wird. In der Eingabe wird u. a. ausgeführt:

Unsere Industrie stellt mit Bezug auf die vielseitige Verwendung aller Textilrohstoffe und die Mannigfaltigkeit ihrer Kleinerzeugnisse den kompliziertesten Zweig der Textil-Industrie dar. Sie ist von jeher auf Großausfuhrgeschäfte eingestellt gewesen, sind doch die sogenannten „Barmer Artikel“ in der ganzen Welt bekannt und bis zum Kriege bewährt gewesen, aber nicht etwa, weil die Industrie keine Auslandskonkurrenz hätte, sondern weil sie es verstanden hat, unter Anpassung an die Bedürfnisse und Konkurrenzverhältnisse jeden Landes ihre Waren in Wettbewerb zu halten. Berichte unserer Vertreter lauten dahin, daß in zahlreichen Ländern sich während des Krieges eine inländische Konkurrenz aufgetan hat, so daß wir schon deswegen für die Zukunft Absatzgebiete, die wir früher besessen haben, verlieren werden. Außerdem haben wir in jedem Lande mit besonderen Einfuhrschwierigkeiten zu rechnen, sei es wie in Amerika, mit Einfuhrzoll, sei es wie in Frankreich, mit Boykottierung unserer Artikel, sei es wie im Norden, mit Einfuhrverboten usw. Die japanische und nordamerikanische Industrie ist gewaltig geworden und legt uns den Absatz für ganze Artikelgruppen lahm. Wir sind an dem Zeitpunkt angekommen, wo wir ganz vorsichtig tastend, den Außenhandel wieder aufbauen müssen und wo wir von Fall zu Fall für jede Offerte gewissermaßen einen speziell berechneten Preis abgeben müssen. Dabei können wir wahrhaftig keine Ausfuhrkontrolle gebrauchen, die den Durchlauf von drei Instanzen (Preisprüfungsstelle, Reichswirtschaftsstelle und Außenhandelsstelle) vorschreibt. Eine solche Kontrolle würde uns in unsern schnellen Entschlüssen und im Handeln derart fesseln, daß unsere Arbeit auf die Dauer so erschwert werden würde, daß wir nicht in der Lage wären, die Beziehungen wieder erfolgreich anzuknüpfen, die wir durch den Krieg verloren haben. Das Ausland ist nicht auf unsere Erzeugnisse angewiesen; wir stellen durchweg Luxuserzeugnisse her, die nicht wegen ihrer Notwendigkeit, sondern nur dann gekauft werden, wenn wir mit unserer früheren Anpassungsfähigkeit, sei es in der Aufmachung oder in der Preisstellung, auftreten können.

Unsere Industrie ist auch heute nicht mehr in der Lage, günstiger als das Ausland zu fabrizieren, denn unsere Leistung, nach der Menge gemessen, kommt einstweilen nicht auf die frühere Höhe wegen unserer verringerten Arbeitsmöglichkeit. Die Fabrikationskosten sind mindestens so teuer als im Auslande, denn Kohlen bekommen wir fast nur zu Schleichhandelspreisen, die durch die ungeheuren Anfuhrkosten entstehen. Alle sonstigen Betriebsmittel, wie Treibriemen, Oele, Maschinenteile, Appreturmittel, Farbstoffe, Chemikalien kommen, wenigstens ihren Rohstoffen nach, aus dem Auslande; wir bezahlen sie mit Weltmarktpreisen.

Wenn man aber glaubt, der Industrie noch besondere Lasten auferlegen zu müssen, so ersuchen wir dringend, dies jedenfalls nicht an der Stelle zu tun, wo sie am empfindlichsten ist. Wir sind der Meinung, daß man Abgaben in einer für

den Außenhandel so unsicheren und schweren Zeit der Wiederanbahnung höchstens vom Erträgnis der Geschäfte nehmen kann, aber nicht im voraus vom Verkaufswert der Waren. Dann hätte man einfacher die Warenumsatzsteuer auf die Leistungen nach dem Auslande ausdehnen können.

Unsere Industrie muß deshalb die Außenhandelskontrolle soweit sie nicht rein statistischen Zwecken dient, als auch jede Ausfuhrabgabe ablehnen.

Zur Frage der zahlenmäßigen Begründung von Kalkulationsunterlagen zum Vergleich unserer Preisberechnung mit der der ausländischen Konkurrenz, müssen wir für unsere Industrie erklären, daß auf diese Weise ziffernmäßig und generell ein Beweis überhaupt nicht erbracht werden kann. Für unsere Erzeugnisse gibt es keine Weltmarktpreise; wir haben keine sogen. „Standardartikel“, die nach gewissen Merkmalen verkauft werden. Für jede Gruppe unserer Erzeugnisse liegen die Verkaufsverhältnisse anders, seien es nun Flechtartikel, wie Hutputzborten, oder sogen. Nählitzen für die Hutfabrikation, sonstige Kordeln oder Schnürriemen, oder Litzen oder Tressen, oder Besätze, oder Bänderzeugnisse, wie Wäschebänder, Aufputzbänder, Hutbänder, Bänder für technische Zwecke, Gurten, Galons, Besatzbänder und dergl. In jeder Gruppe gibt es Massenartikel und sogen. Neuheiten, die man nicht etwa nach Warengattungen unterscheiden kann, sondern wobei fast jeder Artikel anders zu behandeln ist. Unsere Erzeugnisse sind nicht zu vergleichen mit einfachen Baumwollgeweben, etwa Nessel- oder Körperstoffen, die nach Kettfadenzahl, Schußdicke und Garnnummer gehandelt werden können, oder gar mit Erzeugnissen anderer Industrien, wie beispielsweise Eisenbahnschienen oder dergl., wofür vielleicht Weltmarktpreise in Vergleich zu stellen sind.

In unseren Artikeln tritt beispielsweise die belgische Konkurrenz heute in Hutgeflechten in England billiger auf als wir, und morgen verdrängt die japanische Konkurrenz sowohl die belgische als die unsere, aber mit vernichtenden Preisen.

Wenn man in unserer Industrie schon in normalen Zeiten die Preiselemente, deren Beweglichkeit sich damals noch in gewissen festen Grenzen hielt, nur annähernd als feste Größe betrachten und behandeln konnte, so sind die heutigen Preiskurven indessen so wechselnd, daß sie einer Berechnung mit den gewöhnlichen theoretischen Mitteln nicht mehr Stand halten.

Jedenfalls kann durch einen Vergleich von Kalkulationsvorlagen in- und ausländischer Erzeugnisse längst nicht erwiesen werden, ob die bestimmte Warengattung nun für die Folge eine Ausfuhrabgabe verträgt, ohne in ihrer Absatzmöglichkeit gefährdet zu werden.

Aus den Färbereien im Wuppertal. Unter der seit einiger Zeit herrschenden Geschäftsstille in den Fabrik- und Großhandelsunternehmungen haben, wie die „Köln. Volksztg.“ schreibt, besonders die Betriebe der Hilfsindustrie, wie Färberei, Druckerei, Appreturanstalten und dergleichen zu leiden. Deren gibt es viele im Wuppertal, und manche Färberei erlang Weltruf. So stellten von den Schwarzfärbereien für Seide und Baumwolle, die früher Aufträge zum Färben aus aller Herren Länder erhielten, damals bestimmte Unternehmungen sich als Mitbewerber der berühmten Seidenfärberei Gillet fils in Lyon hin. Diese Wuppertaler Fachleute hatten es verstanden, die Seidenfäden bei der Schwarzfärbung mit genau derselben hohen künstlichen Beschwerung zu versehen wie die Franzosen.

Nunmehr haben jedoch alle bekannten Strangfärbereien des Wuppertaler Bezirks fast nichts zu tun; bei dem Fehlen der neuen Aufträge in den Fabriken können naturgemäß keine Färbereiteilungen gemacht werden. Bis zum März d. J. waren die Betriebe der Hilfsindustrie ganz nett im Gange, verschiedene mittlere sogar flott beschäftigt. Mitten in der Arbeit brach aber der Generalstreik aus; dadurch kamen die Färbereien und ähnliche Unternehmungen mit der Lieferung des zu verarbeitenden Webgarns in Rückstand, was die Verarbeiter zunächst schmerzlich empfanden. Seit der Mitte des März fehlen jedoch dem Wuppertaler Gewerbe die neuen Bestellungen; daher konnten auch den Färbereien seitdem teilweise nicht mehr die kleinsten Zuweisungen gemacht werden. Tage- und wochenlang standen bestimmte Unternehmungen dieses Zweiges still und warteten vergebens auf neue Aufträge zum Färben. Die Spesen liefen aber weiter, und da die gesamte Hilfsindustrie nur auf das Lohngeschäft angewiesen ist, so kann man sich etwa die geldlichen Opfer vorstellen,

die dort gebracht werden, nachdem in der langen Kriegszeit die betreffenden Unternehmungen zum größten Teile still gelegen hatten. — Vorläufig dürfte sich auch nennenswerte Besserung noch nicht einstellen; denn die Lage auf dem Webstoffmarkt ist nicht derart, daß man auf baldiges Geschäft rechnen könnte.

Die Färbereien, welche die Ware im Stück ausrüsten, waren in diesen „stillen Wochen“ in bezug auf Beschäftigung doch immerhin etwas besser gestellt; denn die Webereien waren noch mit älteren Aufträgen zur Lieferung von im Stück gefärbten Stoffen infolge von allerlei widrigen Vorkommnissen, rückständig. Die Rohware wurde nun fertiggestellt und konnte dann den Stückfärbereien übergeben werden. Dies war allerdings nicht gerade viel; aber die Leistung dieser Arbeiten half doch die Spesenlast tragen, zumal da für derartige Zuweisungen neben den Stoffwebereien auch die Hersteller von Damen- und Herrenhut-Band in Frage kamen.

Die höchste Zeit ist es aber jetzt, daß das Geschäft wieder einigermaßen einsetzt. Andernfalls haben die Unternehmungen der Hilfsindustrie im Wuppertal mit Schäden und Ausfällen zu rechnen, die so leicht nicht wieder eingeholt werden können.

Ermäßigung der Farbpriese für Seide. Der Verband der Seidenfärbereien in Krefeld hat sich mit Rücksicht auf die infolge der Steigerung des Marktkurses hervorgerufene Veränderung der wirtschaftlichen Gesamtlage eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es möglich sei, eine Ermäßigung der Farbpriese eintreten zu lassen. Die Beratungen haben bis jetzt ergeben, daß die Verhältnisse für die Färbereindustrie noch keineswegs so geklärt seien, daß ein allgemeiner Abbau der Farbpriese erfolgen könne. Es wird jedoch gehofft, daß nach weiteren Beratungen in Kürze für die meisten erschwerten Färbungen eine gewisse Ermäßigung eintreten kann, damit die Farbverfügungen in Erwartung noch nicht bekannt gegebener Ermäßigung der Preise nicht unnötigerweise zurückgehalten werden, ist es von Interesse, bereits jetzt schon Kenntnis hiervon zu haben.

Französische Textilindustrie. Aus Lille wird der „N. Z. Z.“ mitgeteilt: Das Wollzentrum Roubaix-Tourcoing beginnt die Wirkungen des Sinkens der Preise bereits zu spüren. Noch vor zwei Monaten überstieg die Zahl der Käufer die der Verkäufer um ein Bedeutendes. Dies hat sich völlig geändert. Es stellen sich fast keine Käufer mehr ein. Diese Lage verursacht in Kreisen der Industriellen tiefe Beunruhigung. Das noch vor sechs Wochen für 95 Franken verkaufte Kammgarn erzielt mit Mühe 65 Fr. Die Industriellen versichern, daß ein Preisabbau auf Webstoffen wegen des langwierigen Prozesses, den die Rohstoffe durchzumachen haben, erst allmählich eintreten könne.



Mode- und Marktberichte

Bestrebungen zur Förderung der Mode.

Es hält immer schwer, Angehörige einer Industrie zu deren Förderung in allgemeinem Interesse zu gewinnen. Diese Erfahrung macht zurzeit auch Herr Oskar Heimann, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Modeindustrie. Er schreibt hierüber im „Berl. Conf.“ wie folgt:

Der Verband der deutschen Modeindustrie mußte sich bei seinen Arbeiten, die in der letzten Zeit ganz besonders in der Einrichtung der Mode-Woche zum Ausdruck gelangten, im wesentlichen auf die Mitarbeit seiner eigenen Mitglieder stützen. Erst in allerletzter Zeit konnte man mit Genugtuung feststellen, daß auch in weiteren Kreisen Interesse und Verständnis für die Ziele des Verbandes zu beobachten war. Eine Anzahl Verbände der verarbeitenden Textil-Industrie hat sich durch Entsendung ihrer prominentesten Vertreter zu den Kommissionsberatungen und auch durch materielle Leistungen auf den Boden des Verbandes der deutschen Mode-Industrie gestellt. Trotzdem also ohne Zweifel eine Erweiterung des bisherigen Interessenkreises des Verbandes vorhanden ist — so schreibt Herr Heimann in den Mitteilungen des Verbandes — bleibt immer doch nach dieser Richtung viel zu wünschen übrig; besonders die Rohstoff verarbeitende Textil-Industrie, die ja schließlich direkt wie indirekt von der Mode eine ganz erhebliche Beeinflussung zu erwarten hat, scheint sich nicht recht dem Verband anschließen zu wollen.